Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

Roter Morgen

Mai 1968 2. Jahrgang Preis 20 Pfg.

Marxistisch-
leninistische
Monatszeitschrift

Vorwärts auf dem Weg zu einem einigen sozialistischen Deutschland!

"Die bestehenden marxistisch-leninistischen Gruppen ROTER MORGEN (Hamburg), Freie Sozialistische Partei M/L (Siegerland), ROTER MORGEN (Mannheim), ROTER MORGEN (Karlsruhe) und die Revolutionären Kommunisten Nordrhein/Westfalens haben auf ihrer Tagung am 27. April 1968 beschlossen, ihre Arbeit politisch und organisatorisch mit dem Ziel der Gründung einer deutschen revolutionären marxistisch-leninistischen Partei zu koordinieren. - Ihr Organ ist der ROTE MORGEN".

Ein entscheidender Schritt ist getan. Die zur Zeit stärksten marxistisch-leninistischen Gruppen Westdeutschlands haben beschlossen, ihre Kraft zu vereinen und zur Offensive überzugehen.

Angesichts unserer Verantwortung vor der deutschen Arbeiterklasse und dem deutschen Volk;

angesichts des schändlichen Verrats der modernen Revisionisten;

angesichts der sich ständig verschärfenden Klassengegensätze und der zunehmenden Faschisierung der Bundesrepublik;

und angesichts der Erkenntnis, daß nur das sich organisierende revolutionäre Proletariat in der Lage ist, die bestehenden Klassenverhältnisse in seinem Sinne zu ändern,

haben wir beschlossen, unsere Arbeit politisch und organisatorisch mit dem Ziel der Gründung einer deutschen revolutionären marxistisch-leninistischen Partei zu koordinieren.

Der Anfang ist getan. Das heißt jedoch nicht, daß andere marxistisch-leninistische Gruppen aus anderen Ländern und Städten, die zur Zeit noch im organisatorischen Aufbau begriffen sind, sich unseren Bestrebungen nicht anschließen können. Im Gegenteil, sie sind uns jederzeit als gleichberechtigte Gruppen willkommen. Das einzige Kriterium, das wir stellen, ist, daß sie revolutionäre Marxisten-Leninisten sind. Daß sie sich vorbehaltlos zu den Lehren Marx, Engels, Lenins, Stalins und Mao Tse-tungs bekennen.

Es wird nicht leicht sein, das zu verwirklichen, was wir uns vorgenommen haben: die Gründung einer wahren marxistisch-leninistischen Partei. Es ist ja nicht nur der Kampf gegen den offen auftretenden Klassengegner. Hier sind die Fronten klar gesteckt. Es ist auch der Kampf um die Reinerhaltung der eigenen Reihen. Und hier sollten wir aus den Erfahrungen unserer marxistisch-leninistischen Bruderparteien lernen.

"Will man die Revolution, dann muß man eine revolutionäre Partei haben. Ohne eine revolutionäre Partei, die gemäß der revolutionären Theorie und dem revolutionären Stil des Marxismus-Leninismus aufgebaut ist, ist es unmöglich, die Arbeiterklasse und die breiten Volksmassen zum Sieg über den Imperialismus und seine Lakaien zu führen."

Mao Tse-tung

Was kommt auf uns zu, mit welchen Gefahren innerhalb unserer Organisation haben wir zu rechnen? Natürlich wird der Klassengegner, werden die modernen Revisionisten versuchen, ihre Agenten in unsere Reihen einzuschleusen. Das heißt für uns ständig erhöhte revolutionäre Wachsamkeit. Man muß jemanden schon wirklich gut kennen, um ihm volles Vertrauen entgegenzubringen. Es wird auch in der Anfangsphase unseres Aufbaus kaum zu vermeiden sein, daß es diese oder jene Schwierigkeiten, diese oder jene Abweichungen von der Parteilinie gibt.

Die Hauptgefahr ist nach wie vor - und das trifft besonders auf Deutschland zu, der Reformismus, der Revisionismus aller Schattierungen, der die sich for-

mierenden Reihen der Marxisten-Leninisten bedroht. Wir sehen es gerade in letzter Zeit recht anschaulich, wie offen, wie schamlos die Reformisten der SPD und die rechten Führer des DGB sich mit der Herrschaft des Monopolkapitals verbünden. Wir erleben aber auch, wie ihnen die Revisionisten der KPD dabei Handlangerdienste leisten, indem sie versuchen, sich an die Spitze der revolutionären Kräfte unseres Volkes zu stellen (Gründung der DL, der SDA u.a.), um den Kampf abzuwürgen bzw. ihn in die Bahnen des der herrschenden Klasse genehmen sogenannten "friedlichen Überganges" zu lenken. Verständlich, daß sie, wenn sie das Entstehen einer deutschen revolutionären marxistisch-leninistischen Partei schon nicht verhindern können, alles daransetzen werden, deren Reihen zu unterwandern.

Woran erkennt man sie, diese Herren Revisionisten? Sie spielen sich gern als jene auf, die, wie man so sagt, den Marxismus-Leninismus mit Löffeln gefressen haben. Dabei versuchen sie, wenn irgend möglich, die Lehren des Vorsitzenden Mao Tse-tung unter dem Vorwand, sie seien auf deutsche Verhältnisse nicht anwendbar, auszuklammern. Ihr einziges Streben ist es, die Führung an sich zu reißen, um die Bewegung auf die Ebene eines Diskussionszirkels zu bringen. Sie sind in Worten groß, lehnen aber jede direkte Aktion ab oder versuchen sie zu hintertreiben unter dem Vorwand, man müsse vorsichtig sein, sonst würden einen die Massen der Werktätigen nicht verstehen - wie überhaupt typisch für sie ist ihr mangelndes Vertrauen in die Kraft der Arbeiterklasse. Selbst sind sie typische Kleinbürger - auch wenn sie nach außen den Arbeiter hervorkehren -, denen Familie, Fernsehen und Sonntagsausflug über alles geht.

Wir müssen vorsichtig sein. Gerade aus den Reihen der KPD schließen sich in zunehmenden Maße gute, ehrliche und kampferfahrene Genossen an. Das ist eine ausgezeichnete Sache in Hinblick auf die Stärkung unserer Kader. Aber es gibt unter diesen Genossen auch einige, die die KPD nicht verließen, weil sie mit dem revisionistischen Kurs ihrer Führung nicht einverstanden waren, sondern weil sie persönliche Differenzen hatten, weil sie der Meinung waren, daß ihre Leistungen und Verdienste nicht genügend herausgestellt wurden, und sie selbst nicht von den Pfründen der hauptamtlichen Tätigkeit profitieren konnten. Diesen Genossen geht es nicht um die Sache, sondern nur um die Befriedigung ihrer persönlichen Eitelkeit, ihres Geltungsdranges. Sie werden sich bei uns nicht anders verhalten, als in der KPD. Allerdings, und auch das muß offen gesagt werden, gibt es diese Erscheinungen nicht nur bei den Genossen, die aus der KPD zu uns kommen. Auch andere stellten oder stellen ihr "ich" noch zu sehr in den Vordergrund und lassen sich von egoistischen Zielen leiten.

Die andere Gefahr, mit der wir es beim Aufbau unserer Organisation zu tun haben, ist die Erscheinung des linken Radikalismus. Durch revolutionäre Phrasen vermag man die Welt nicht zu verändern. Die Vorbereitung der Revolution fängt, wie Lenin sagte, beim Teewasser an. D.h. beim Anknüpfen an die einfachen Forderungen der Menschen. Man muß für ihre Belange eintreten, kämpfen, ihnen aber gleichzeitig sagen, daß nur durch den revolutionären Sturz der Herrschaft der Monopolbourgeoisie und den ständigen Kampf gegen den Revisionismus ihre Probleme endgültig gelöst werden können. Aktion um der Aktion willen führt zu nichts. Wer erfolgreich kämpfen will, muß ständig bemüht sein, sich die Lehre des Marxismus-Leninismus anzueignen, um sie im täglichen Kampf mit der Praxis zu verbinden.

Beiden Abweichungen, dem rechten wie linken Opportunismus ist eines gemeinsam: die direkte oder indirekte Ablehnung des Prinzip des demokratischen Zentralismus. Die Geschichte der internationalen kommunistischen Bewegung zeigt, daß alle Opportunisten, um ihre opportunistische politische Linie durchzudrücken, unweigerlich organisatorisch eine Linie verfolgen, die ihrer opportunistischen politischen Linie entspricht, wodurch sie das Prinzip des demokratischen Zentralismus der Partei untergraben.

Vorsitzender Mao lehrt uns: "Innerhalb des Volkes kann man ohne Freiheit eben sowenig auskommen wie ohne Disziplin, ohne Demokratie ebensowenig wie ohne Zentralismus. Eine derartige Einheit von Demokratie und Zentralismus, von Freiheit und Disziplin ist unser demokratischer Zentralismus."

Das gilt auch für uns. Zentralismus ohne Demokratie bedeutet Willkür und Herrschaft eines Diktators. Doch um die Ideen und Aktionen der ganzen Mitgliedschaft zu vereinheitlichen und die Partei zu einer mächtigen integrierten

Kraft zum Kampf gegen den Feind zu machen, muß unsere Partei organisatorische Prinzipien und Disziplin besitzen - der Einzelne ordnet sich der Organisation unter, die Minderheit der Mehrheit, die untere Ebene der höheren, die ganze Mitgliedschaft dem Zentralkomitee. Andernfalls wäre die Partei ein wilder Haufen, unfähig den Kampf, die Revolution zum Siege zu führen.

Wie wichtig der schnelle Aufbau einer revolutionären marxistisch-leninistischen Kampfpartei ist, zeigen uns die derzeitigen Ereignisse in Frankreich, wo der Klassenkampf, der Kampf um die Macht in voller Stärke entbrannt ist. Ohne eine endgültige Einschätzung treffen zu wollen, zeigt sich folgendes: Die revolutionäre Erhebung der Arbeiter und Studenten, die Besetzung der Fabriken und Universitäten, der Generalstreik kamen ohne das Zutun der revisionistischen KPF und der CGT zustande. Erst als sie erkannten, daß sie die revolutionäre Entwicklung nicht verhindern konnten, griffen die Revisionisten ein. Aber nicht mit dem Aufruf zum revolutionären Sturz der Herrschaft der französischen Monopolbourgeoisie, sondern mit dem Aufruf an die französische Arbeiterschaft, sich nicht zu Gewalttätigkeiten provozieren zu lassen. Ihnen ging und geht es einzig und allein um Reformen innerhalb des kapitalistischen Systems, um Ministersessel. Sie haben die französische Arbeiterklasse und die Studenten genauso schamlos verraten, wie 1918/19 in Deutschland die Verräter der II. Internationale, die Führer der SPD die Revolution verrieten. Und so wie damals in Deutschland der Spartakus, sind heute in Frankreich die Genossen der marxistisch-leninistischen kommunistischen Partei noch nicht stark genug, den Kampf siegreich zum Ende zu führen, obwohl sie heldenhaft an der Spitze der revolutionären Arbeiter und Studenten auf den Barrikaden kämpfen.

Ihr heldenhafter Kampf sei uns Verpflichtung. Verpflichtung in täglicher, unermüdlicher Kleinarbeit, das revolutionäre sozialistische Bewußtsein der Menschen zu heben. Verpflichtung, bereit zu sein, für die Kämpfe, die in den nächsten Jahren auch in Westdeutschland auf uns zukommen werden.

ex-t

"Eine Revolution ist kein Gastmahl, kein Aufsatzschreiben, kein Bildermalen oder Deckchensticken; sie kann nicht so fein, so gemächlich und zartfühlend, so maßvoll, gesittet, höflich, zurückhaltend und großherzig durchgeführt werden. Die Revolution ist ein Aufstand, ein Gewaltakt, durch den eine Klasse eine andere Klasse stürzt."

Mao Tse-tung

<u>Wie Revisionisten Demokratie praktizieren</u>

Am 4./5. Mai war in Essen der Gründungstag der sich in revisionistischen Händen befindlichen "Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend" (SDAJ). Zunächst hatten die aus allen Teilen Westdeutschlands angereisten Delegierten keine Möglichkeit, das 8seitige "Aktionsprogramm" und die Satzung in Ruhe durchzuarbeiten. Dieses Material wurde ihnen erst bei der Ankunft ausgehändigt. Die Kandidaten für den "Bundesvorstand" wurden nach einer "Einheitsliste" gewählt. Man konnte nur mit "Ja" oder mit "Nein" stimmen, aber keinen Genossen vorschlagen, von dem man wußte, daß er qualifizierter ist als die 25 Listenrevisionisten. Dann besagte noch ein Artikel der Satzung, die nicht diskutiert und zur Abstimmung vorgelegt, sondern von der revisionistischen Führung fix und fertig serviert wurde, daß ein ordentlicher Bundeskongreß nur alle zwei Jahre durchgeführt wird.

Die "Kongreßleitung" hatte Kenntnis, daß sich in Westberlin ein "Initiativausschuß zur Gründung der SDAJ" gebildet hatte. Die Berliner Delegation, mit Jungtrotzkist Peter Brandt an der Spitze, wurde jedoch gleich im Vorraum abgewiesen. Diesen Vorfall wollte man verschweigen, er wurde jedoch von dem Gastdelegierten Günter Straß (Trotzkist) aus Augsburg aufgedeckt und in einer Anfrage an die "Kongreßleitung" öffentlich zur Sprache gebracht. Stellung zu dieser Frage bezog der Erzrevisionist Walter Möbius aus Dortmund (früher Hamburg). Er berief sich zunächst auf die "Dreistaatentheorie", was jedoch das Publikum weitgehend unbefriedigt ließ. Nach mehreren fragenden Zwischenrufen ließ er sich zu einer weiteren Erklärung herab, in der er ausführte, die "Berliner hätten verlangt, samt und sonders als ordentliche Delegierte anerkannt zu werden". Dem habe aber die Kongreßleitung nicht zustimmen können, man sei "aber bereit gewesen, zwei Berliner ordentlich zu delegieren". Auch diese "Erklärung" konnte die fragenden Jugendlichen nicht beruhigen. Daraufhin sprach Möbius von einer "Gegenerklärung", mit der die Berliner angeblich "gedroht hätten" "Der Gründungskongreß dürfe sich doch nicht erpressen lassen!" Auf die Frage, daß diese Sache von den Delegierten diskutiert und beschlossen werden müßte, ließ sich dieser Revisionist nicht ein.

Ein Kongreßteilnehmer

"Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend" gegründet

Am 4./5. Mai fand in Essen-Borbeck der Gründungskongreß der "Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend" statt. Den Angaben des schon im voraus "gewählten" Vorsitzenden Rolf Priemer zufolge hat die SDA regionale und örtliche Gruppen in neun Bundesländern und 24 Städten.

Offensichtlich ist die SDA die von den Revisionisten schon seit Monaten vorbereitete "Revolutionäre Sozialistische Jugendorganisation". Die "Kommunisten" Herbert Mies und Manfred Kapluck hatten sich dementsprechend persönlich zum Gründungskongreß bemüht. In der Eröffnungsrede versicherte Mies gönnerhaft: "Wir Kommunisten sind bereit, auf die kritische Stimme der Jugend zu hören, wir Kommunisten sind bereit, der Jugend Vertrauen entgegenzubringen ..." -

Nun, der SDA jedenfalls können die Revisionisten uneingeschränkt vertrauen. Sie ist ja ihr ureigenstes Geschöpf. In einem "Aufruf an die Jugend der Bundesrepublik" erläutert die SDA, sie wolle "eine Organisation aufbauen, die planmässig Schritt für Schritt den Fortschritt dieser Gesellschaft vorantreibt". Wer, Sozialdemokrat, Liberaler, Christdemokrat, würde das nicht ebenfalls für sich beanspruchen? Nur ist eine solche Zielsetzung eben weder "sozialistisch" noch "revolutionär"; sie ist plattenster Reformismus und Evolutionismus!

Zwar heißt es im "Aufruf an die Jugend der Bundesrepublik": "Wer über ganze Gesellschaften soviel Verrat und Elend gebracht hat wie sie (d.h. die deutschen Imperialisten), der hat uns nichts mehr zu verbieten und auch nichts mehr zu erlauben". Aber dann fährt der Aufruf plötzlich fort: "Alle unsere Forderungen sind Wort für Wort verankert in den Texten unseres Grundgesetzes". Ja, aber wer hat sie denn dort "verankert", wenn nicht die gerade noch geschmähten Herren Westdeutschlands? Da kündigen die Funktionäre der SDA der Jugend an, sie seien bereit, sich über die "Gesetze" und "Verbote" der Herrschenden hinwegzusetzen. Aber im nächsten Satz erheben sie bereits das von genau diesen Herrschenden verfaßte Grundgesetz zum obersten Fetisch ihres Vereins, zur Richtschnur ihres Handelns.

Natürlich wissen die revisionistischen Hintermänner der SDA recht gut, daß das Grundgesetz weder heilig noch unwandelbar ist. Ein paar Tage weiter, und die **Notstandsvollmachten werden ebenfalls** "Wort für Wort verankert in den Texten unseres Grundgesetzes" sein. Um dieser Verlegenheit zu entrinnen, hat man einen "Geist des Grundgesetzes" konstruiert. Man kann dann etwa so argumentieren: die Herrschenden wollen Notstandsvollmachten, die dem "Geist des Grundgesetzes" nicht entsprechen; die SDA hingegen will einen gesellschaftlichen Fortschritt, der dem "Geist des Grundgesetzes" entspricht ... Aber was meint man denn mit "Geist des Grundgesetzes"? Offensichtlich doch wohl die Vorstellungen, die seinerzeit den "Vätern des Grundgesetzes" vorschwebten. Wer aber waren jene "Väter"? Je 27 Abgeordnete der CDU/CSU und der SPD als Beauftragte der deutschen Konzerne und der westlichen Besatzungsmächte, insbesondere des US-Imperialismus! Erinnern wir uns doch: der eigentliche "Geist des Grundgesetzes" war es, das Potsdamer Abkommen zu brechen, Deutschland durch Konstituierung eines kapitalistischen Separatstaates auf westdeutschem Boden zu spalten und die Rückkehr der Monopolherren in die damalige Sowjetische Besatzungszone vorzubereiten. Und ausgerechnet in dieser Spalter-Verfassung wären, sozusagen von Geisterhand, die Forderungen der SDA "verankert" worden?

Revolutionär ist die SDA ganz gewiß nicht. Aber sie ist auch nicht einmal sozialistisch. Ihr ganzes Programm ist hundertprozentig sozialdemokratisch: "Kampf für das Recht der Jugend auf Mitbestimmung in Betrieb und Schule, in Staat und Gesellschaft", "Kampf gegen Neonazismus", "Kampf für den Frieden" usw. Die SDA hat überhaupt nur einen Zweck: von der in Westdeutschlands Jugend entstandenen revolutionären Bewegung soviel wie möglich auf die "Wiederzulassung"s- und "Anerkennung"smühle der KPD/SED zu leiten. Durch "antiautoritäre" Phraseologie die revolutionäre Jugend irrezuführen und vor den revisionistischen Karren zu spannen.

Es läßt sich jetzt schon prophezeien, daß die KPD eine Menge Geld und Arbeit in die SDA investieren wird, um eine Fehlorientierung und Spaltung der revolutionären Bewegung in unserem Land herbeizuführen. Umso dringender und notwendiger wird die Sammlung zu einer wirklich REVOLUTIONÄREN FRONT der lernenden- und Arbeiterjugend wie auch aller anderen revolutionären Kräfte unseres Volkes. Gleichzeitig empfehlen wir allen jungen Lesern und Genossen die revolutionäre Arbeit innerhalb der SDA.

Es gibt immer noch kleine, mittlere, hohe und höchste Funktionäre in unseren Gewerkschaften, die die Behauptung aufstellen, daß das Streikrecht Ausdruck von Demokratie sei. Gewiß, wir haben eine formale bürgerliche Demokratie, d.h. der Form nach Demokratie, ihrem Inhalt nach aber ist es eine Diktatur des Kapitals, und die Notstandsgesetze sind Ausdruck einer verschärften Diktatur des Kapitalismus. Man verspricht ja den Gewerkschaften das Streikrecht nicht antasten zu wollen, auch nicht bei Notstandsgesetzen. Aber nur allzu Gutgläubige bzw. Leichtgläubige oder von diesem System Korrumpierte bzw. mit dieser kapitalistischen Gesellschaft liierte Elemente sind bereit, daran zu glauben. Viele Gewerkschafter - und darunter nicht wenige führende Gewerkschaftsfunktionäre - behaupten, der Kapitalismus habe sich gewandelt. Gewiß haben sie dabei nicht ganz unrecht, denn der Wandel des Kapitalismus von seinem frühkapitalistischen Stadium zum alles beherrschenden Monopolkapitalismus, zum Imperialismus bzw. staatsmonopolitischen Kapitalismus ist unverkennbar. Daraus aber die Vorstellung abzuleiten, der Kapitalismus sei besser, humaner geworden, der der kapitalistischen Produktionsweise innewohnende Zyklus der Konjunktur, der Krise und des Krieges sei damit endgültig beseitigt, ist doch wohl sehr leichtfertiges Geschwätz.

Wer nun der Meinung ist, diesem raubgierigen, alles beherrschenden, seinen Interessen unterordnenden Monopolkapitalismus über die "Mitbestimmung" Einhalt gebieten zu können, der tut dies entweder nur deshalb, um die Arbeiter- und Angestelltenschaft von dem notwendigen Klassenkampf gegen die herrschende Klasse und deren Helfershelfer im Staat und Regierung abzulenken, oder aber um der herrschenden Klasse damit zu dienen.
Die reformistische Gewerkschaftsführung befürwortet - wie wir alle wissen - diese Gesellschaft. Hier muß man fragen, welche Gesellschaft. Realistisch gesehen die bürgerliche Gesellschaft, die auf Ausbeutung, Unterdrückung, Mißbrauch und hemmungslosen Profit aufgebaut ist. Wir werden einige Beispiele anführen und damit unsere Behauptungen untermauern. Wer hi[illegible] gewerkschafts feindliche oder gewerkschaftsschädigende bzw. gewerkschaftsspalterische Haltung einnehmen oder Tätigkeit ausüben, dem möchten wir im voraus sagen, daß er versucht, unsere Argumente, die, wie wir bereits angedeutet, noch folgen werden, in demagogischer Manier abzutun, anstatt sie durch Gegenargumente zu widerlegen. Noch nie und noch zu keiner Zeit war eine ernsthafte und berechtigte Kritik schädigend. Allerdings für jene, die in dieser Kritik einen Teil ihrer bisherigen Tätigkeit als Spiegelbild erblicken, wird es sehr hart sein. Erinnern wir nur an die Aufhebung des Mietenschutzgesetzes bzw. der Mietenfreigabe. Monate vorher wurde von den führenden Männern, sowohl des DGB als auch der einzelnen Industriegewerkschaften, immer wieder betont, daß man mit allen gewerkschaftlichen Mitteln dieses unsoziale Gesetz, das gerade die Arbeiter und Angestellten in den unteren Löhn- und Gehaltsstufen besonders hart treffen müsse, verhindern werde. Es wurde viel darüber geschrieben in Publikationsorganen der Gewerkschaften und noch mehr dazu und darüber gesagt. Das Wesentliche aber wurde nicht getan. Nämlich: Die Arbeiterklasse und mit ihr die Angestelltenschaft, die, wie wir wissen, Teil der Arbeiterklasse ist, im entscheidenden Moment durch Ausrufen von Protestmärschen, Protestkundgebungen, Warnstreiks, notfalls durch einen allgemeinen Streik aller sechzehn Industriegewerkschaften, zu mobilisieren, um diese Schandgesetze, die Ausdruck einer verschärften Ausbeutung auf allen Gebieten des täglichen Lebens, der Familienfeindlichkeit der Bonner Regierung sind, zu verhindern. Möge da niemand sagen: die Gewerkschaften machten ja diese Gesetze gar nicht. Das weiß mittlerweile wohl auch der Dümmste unter uns. Eines jedoch wissen wir aus Erfahrung: Daß solche und ähnliche arbeiter-, familien- und volksfeindlichen Gesetze nur durch konsequenten und kompromißlosen Kampf der gesamten Arbeiterklasse zu verhindern bzw. zu Fall zu bringen sind. Und wer dies nicht will, muß Notstandsgesetze - sprich Notstandsdiktatur - des Monopolkapitalismus akzeptieren. Eines von beiden ist nur möglich: Entweder Wahrung der Interessen der gesamten Arbeiterklasse und deren Familien gegen die Interessen der Monopolbourgeoisie und deren reaktionären Helfershelfer in Staat und Regierung oder Integration der Gewerkschaften und damit der Arbeiterklasse in das spätkapitalistische System zu Lasten der Arbeiterschaft

und ihrer Familien. Man kann, wie wir sehen, nicht zwei Herren zugleich dienen, ohne dem einen dabei zu schaden. Mit unserer innergewerkschaftlichen Demokratie scheint es ebenso schlecht bestellt zu sein, wie mit der Bonner Demokratie. Denn wenn Kritik innerhalb der Gewerkschaften nur noch in den Vorstellungen unserer reformistischen Gewerkschaftsführung erlaubt ist, zeigt dies einmal mehr, daß die Gewerkschaften fest in den Händen der Apparate sind, die ein primäres Interesse an ihrer eigenen Machterhaltung und damit verbunden an einer Integrierung der Arbeiterklasse in das spätkapitalistische System haben.

Allein schon der Versuch vieler Betriebsräte in Vertrauensmännersitzungen und anderen gewerkschaftlichen Veranstaltungen andere Meinungen als die der Gewerkschaftsführung und der ihr nahestehender Betriebsfunktionäre als Beweis, daß sich die Kollegen sehr weit von den Gewerkschaften entfernt hätten, darzustellen, zeigt eine sehr seltsame Logik, welche das charakteristische Merkmal der Demagogie zu ihren Inhalt hat. Nach ihren Ausführungen entfernt sich jeder der nicht die Meinung der führenden Funktionäre vertritt von den Gewerkschaften. Wir waren bisher immer der Meinung, die Gewerkschaften sind nach alter Erkenntnis wir, die organisierten Mitglieder und nicht die Meinung der Funktionäre. Wir entfernen uns unseren Darlegungen zufolge also nicht von den Gewerkschaften, sondern lediglich von den unserer Auffassung nach falschen politischen Vorstellungen unserer Führung, die als reformistisch zu bezeichnen ist. Wie die Geschichte der Arbeiterbewegung zeigt, hat der Reformismus bis dato in der Hauptsache den Kapitalismus gedient und nicht der Arbeiterklasse. In diesem Zusammenhang möchten wir an ein Interview unseres Kollegen Otto Brenner, genannt der "Eiserne Otto", im Zusammenhang mit den Notstandsgesetzen erinnern. Otto Brenner wurde vor etwa mehr als zwei Jahren von einem Journalisten gefragt: "Was, Herr Brenner, werden die Gewerkschaften tun, wenn selbst gegen den Willen der Mehrheit der Gewerkschaften, im Parlament Notstandsgesetze verabschiedet werden sollten". Der "Eiserne Otto" erwiderte darauf: "Sollten diese Gesetze im Parlament legal verabschiedet werden, so werden wir diese Entscheidung des Parlaments selbstverständlich respektieren". Für uns sind solche Leute Legalitätsanbeter. Also nicht Verhinderung der Notstandsgesetze durch Kampf, wie es die Beschlüsse des 6.,7. und 8. ordentlichen Gewerkschaftstages der IG Metall sowie des 6. und 7. ordentlichen DGB-Kongresses fordern, sondern Respektierung dieser für die Arbeiterklasse und das gesamte Volk schädlichen Gesetze nach Verabschiedung durch das Parlament. Und so kam was da kommen mußte, daß bei Verabschiedung der "einfachen" Notstandsgesetze von 161 Bundestagsabgeordneten, die Mitglieder des DGB sind, 157 diesen Schandgesetzen zugestimmt haben, obwohl die Beschlüsse sowohl der IG Metall als auch des DGB eindeutig jegliche Notstandsgesetze ablehnen. Schon vor längerer Zeit - noch vor Verabschiedung der "einfachen" Notstandsgesetze - hatten die Landesvorsitzenden der SPD mit einigen Spitzenfunktionären des DGB, darunter Brenner, Gefeller, Kluncker, Ahrend, Leber u.a. in Saarbrücken eine Besprechung, die in Richtung auf die Vorstellungen der SPD-Führung hinauslief, nämlich Zustimmung zu den "einfachen" Notstandsgesetzen. Fragen wir uns einmal warum wir als Gewerkschafter über dieses Gespräch nicht informiert wurden, obwohl es ein Informationsrecht in den Gewerkschaften gibt. Die Antwort darauf kann sich wohl jeder selbst geben. Wir erkennen hier sofort, daß diese Politik des reformistischen Flügels innerhalb der Gewerkschaften nicht nur Linie, sondern bereits System geworden ist. Es ist das System des Verrats an den Beschlüssen der Mitglieder der Gewerkschaften. Kein geringerer als August Bebel hat einmal gesagt: "Schaut Euren Führern nicht nur auf's Maul, sondern auch auf die Finger". Damit wollte er nicht mehr und nicht weniger sagen, als: hört nicht nur was sie sagen, sondern achtet auch darauf, daß sie das, was sie sagen, auch tun. Und eben das ist in den letzten fünfzehn Jahren nicht in dem Maße geschehen wie es zur Wahrung der Interessen der Arbeiterklasse notwendig gewesen wäre. Das Fazit aus diesen Erkenntnissen lautet demnach:

Soll die Wahrung der Interessen der gesamten Arbeiterklasse keine hohle Phrase bleiben, so muß die Vorbereitung auf die sozialpsychologischen Bedingungen des Aufstandes gegen die Gewerkschaftsbürokratie auf die Tagesordnung gesetzt werden. Nicht im Sinne einer Aufforderung, sondern im Sinne einer notwendigen Schlußfolgerung für die gesamte Arbeiterklasse!

Emil L u d w i g

(Entnommen aus ROTE GEWERKSCHAFTSPOST, Mannheim).

1. Mai - A R B E I T E R K A M P F T A G

Im Zeichen eines neuen Erwachens der deutschen Arbeiterklasse, der Auflehnung gegen die SPD/CDU-Einheitspartei und deren Lakaien in den Gewerkschaften, stand in diesem Jahr der 1. Mai. Fast überall wurden besonders verkommene Subjekte innerhalb der Arbeiterbewegung ausgepfiffen und von Sprechchören niedergeschrien. In Westberlin und Hamburg führte die "Außerparlamentarische Opposition" eigene Kundgebungen durch, die außerordentlich gut besucht waren. Trotz intensiver Hetze einzelner Gewerkschaftsbonzen vom Schlage Höhne/Sickert kam es nirgendwo zu den befürchteten Zusammenstößen zwischen Arbeitern und Studenten.

Westberlin: Während sich vor dem alten Reichstag Ausbeuter und Ausgebeutete zu einer regierungsoffiziellen "Mai-Feier" vereinten, demonstrierten mehr als 30 000 Menschen mit hunderten roter Fahnen sowie Bildern von Lenin und Mao Tse-tung durch die Straßen der Arbeiterviertel Neukölln und Kreuzberg. Immer wieder stimmten die zehntausende die Internationale an. Die chinesischen Tageszeitungen informierten ausführlich über diese Demonstration, während der Mai-Parade in Ostberlin nur wenige Sätze gewidmet waren.

Hamburg: Etwa 4000 Menschen nahmen an der Kundgebung des DGB teil. Der "Starredner" Bundesminister Wehner wurde von empörten Arbeitern niedergeschrien. Sprechchöre wie "Heuchler!", "Phrasendrescher!" und "Notstandswehner" übertönten das klägliche Gelaber des Arbeiterverräters. Nach Schluß der offiziellen Kundgebung zogen etwa 2500-3000 Menschen zur Moorweide, wo eine sozialistische Maikundgebung durchgeführt wurde. Ein anschließender Demonstrationszug von 300 Lehrlingen und jungen Arbeitern wurde wenig später von der Polizei zerschlagen.

München: Mehr als 30 000 Menschen nahmen an der Kundgebung des DGB teil. Es wurden Bilder von Karl Marx, Friedrich Engels, Lenin, Stalin, Mao Tse-tung, Ho Tschi-minh und Rudi Dutschke mitgeführt. Revisionisten zeigten ein Plakat, auf dem sie ihre "Wiederzulassung" erbaten.

Augsburg: Auch das schlagartig einsetzende DGB-Blasorchester war nicht instande, hunderte Gewerkschaftler und Studenten zu übertönen, die zum Schluß der offiziellen Kundgebung die Internationale angestimmt hatten.

Mannheim: Mit eigenem Marschblock zogen Mannheims revolutionäre Arbeiter und Studenten zur Mai-Kundgebung des DGB. Dutzende roter Fahnen wurden im Zug mitgeführt. Auf Transparenten hieß es: "Gruß den revolutionären Völkern der Welt!", "Arbeitersolidarität mit der revolutionären Jugend!", "Laßt Euch nicht verraten - säubert den DGB von Bürokraten!" Als der Zug den Kundgebungsplatz erreichte, bildeten die dort bereits versammelten Arbeiter Spalier und stimmten in die Internationale ein.

Nürnberg: Bürgermeister Haas, der sich in letzter Zeit als rühriger Organisator von Polizeikrawallen verdient gemacht hatte, wurde auf der Mai-Kundgebung von den versammelten Gewerkschaftlern und Studenten ausgepfiffen und niedergeschrien. In Sprechchören wurde gefragt: "Heute ist der 1. Mai - Haas, wo bleibt die Polizei?"

Frankfurt: Mehr als 5000 Menschen waren zur Mai-Kundgebung des DGB gekommen. Viele mit roten Fahnen und Bildern bekannter Revolutionäre. IG Metall-Chef Otto Brenner, der um den heißen Notstandsbrei herumreden wollte, wurde immer wieder von Sprechchören unterbrochen: "Marsch auf Bonn!" und "Otto, geh' mit uns nach Bonn!"

\- - -

Allen Genossen, die mitgeholfen haben, dem 1. Mai ein kämpferisches Gepräge zu geben, auf diesem Wege Dank und Gruß!!!

\- - -

Obwohl die Polizei "vorsorglich" hunderte Menschen festgenommen hatte, wurden in vielen Städten Spaniens am 1. Mai Demonstrationen durchgeführt.

In Madrid gingen die Arbeiter und Studenten von vier zentralen Punkten aus mit großer Beweglichkeit vor, so daß die Polizei kaum zum Zug kam. Wiederholt ergriffen die Demonstranten die Initiative und stellten sich der Polizei, die mit einem Steinhagel empfangen wurde. Die häufigsten Parolen waren: "Franco nein!", "Diktatur nein!" "Freiheit!", "Freie Gewerkschaften!" und "Sozialistisches Spanien!" Zahlreiche weitere Demonstrationen fanden statt in Barcelona und umliegenden Industriestädten, in der nordspanischen Bergbauprovinz Asturien sowie in Sevilla.

INDIEN: Bauernrevolte

Nachdem sich im März 1967 die Bauern des Bezirks Naxalbari/Siliguri (Westbengalen) unter Führung revolutionärer indischer Kommunisten erhoben (s. ROTER MORGEN, Januar 1968), berichten Indiens Zeitungen über immer neue Bauernaufstände in anderen Teilen des Landes. Bewaffnete Zusammenstöße werden jetzt aus dem Bezirk Srikakulam des Bundesstaates Andhra (Westindien) gemeldet. Die Unruhen haben auch einige Bezirke der Nachbarstaaten Orissa (Nordwestindien) und Madhya Pradesh (Mittelindien) erfaßt. Nach offiziellen Schätzungen verfügen die Aufständischen in diesem Gebiet über mehr als 1000 Gewehre. In den Bezirken Koraput und Ganjam (Orissa) wurden revolutionäre Stützpunkte in entlegenen Berg- und Waldgebieten eingerichtet.

CSSR: "Liberalisierung"

Besonders Jugendliche lassen sich, wie wir in Gesprächen merkten, immer wieder durch das Etikett "Entstalinisierung" irreführen und meinen, in der CSSR sei der Sozialismus ausgebrochen. Den offen reaktionären Charakter der Studentenbewegung in der CSSR enthüllt indessen eine Meldung der FRANKFURTER RUNDSCHAU vom 29. April: "Eine Demonstration von etwa 800 Studenten vor der US-Botschaft in Prag verlief bis auf einen von Nordvietnamesen provozierten Zwischenfall äußerst diszipliniert. Die Demonstranten riefen in Sprechchören: Amerikaner raus aus Vietnam, wandten sich aber sofort gegen einige Nordvietnamesen, die die amerikanische Flagge herunterrissen. In diesem Augenblick verwandelten sich die antiamerikanischen Sprechchöre in den Ruf: 'Entehrt die Flagge nicht! Das ist unanständig.'

Nach einem Bericht der Nachrichtenagentur CTK entwickelte sich später ein regelrechtes Handgemenge um die von den Nordvietnamesen erbeutete US-Flagge. Trotz der Bemühungen der tschechoslowakischen Studenten sei es den Nordvietnamesen schließlich gelungen, die Fahne in die Moldau zu werfen. Die Tschechoslowaken besorgten sich CTK zufolge später jedoch ein neues Sternenbanner, das sie dem Botschaftspersonal mit einer Entschuldigung für das 'schlechte Benehmen einiger Individualisten' überreichten."

Man muß sich das einmal vorstellen: da prügeln sich die "modernen Marxisten" in der CSSR mit vietnamesischen Kommilitonen, um das Banner des US-Imperialismus vor "Entehrung" zu schützen! Anschliessend erscheinen sie bei den Mördern des vietnamesischen Volkes, um sich feierlich für die Entwendung einer lausigen Fahne zu "entschuldigen". Auf so einen "modernen Marxismus" können wir verzichten. "Faschismus" wäre eine zutreffendere Bezeichnung!

SELBSTHILFE

Mit 50 Traktoren und Anhängern kesselten am Morgen des 22. April Bauern aus Darmstadt-St.Stephan (Südhessen) eine Planierraupe ein, die auf ihren Feldern mit den Erdarbeiten für die Verlegung der Landebahn eines amerikanischen Militärflugplatzes bei Griesheim (Kreis Darmstadt) beginnen sollte. Die Bauern umstellten die Planierraupe und verhinderten deren Tätigkeit.

ARBEITER GEGEN DEN LÜGENZAREN

Die Notwehr gegen den Springerkonzern organisierten junge Land- und Industriearbeiter des Kreises Pinneberg (Schleswig-Holstein) während der Ostertage. Mit Privatautos fuhren sie in den frühen Morgenstunden die Zeitungskioske ab, sammelten die dort abgeladenen Zeitungspakete der Springerpresse ein und verfrachteten sie zum Schuttabladeplatz.

Über einen "empörenden Vorfall" in Hamburg berichtete BILD am 19. April: in der Bahn hatten zwei junge Arbeiter einem älteren Kollegen die BILD-Zeitung entrissen und zerfetzt.

Die FRANKFURTER RUNDSCHAU berichtete am 28. April: "Der Betriebsrat der Dortmunder Zeche Hansa hat beschlossen, die Verbreitung der 'Bild-Zeitung' vor den Werkstoren zu unterbinden. Die Vertretung von rund 3000 Bergleuten begründete ihren Beschluß damit, daß die Zeitung Unruhe im Betrieb auslöse. Die Zechenleitung wurde aufgefordert, den Verkauf des Blattes zu unterbinden."

Sofortmaßnahmen zur Enteignung des Springerkonzerns forderte der Bezirkstag der IG Druck und Papier in Frankfurt am 29. April. Die BILD-Zeitung sei "ein wichtiges Instrument der Volksverhetzung"; sie betreibe eine 'bewußte Entpolitisierung und Enthumanisierung."

ITALIEN: Der Kampf geht weiter

Dem italienischen Staatsapparat ist es bisher nicht gelungen, die seit Januar des Jahres anhaltenden Studentenunruhen "unter Kontrolle" zu bringen. Es ent-

stehen im Gegenteil im Verlauf des nun schon ein Vierteljahr andauernden Kampfes immer neue studentische Kampfformen. Zu neuen heftigen Zusammenstößen kam es Ende April an der Universität Rom. Mehrere Studenten sollen vor Sondergerichte gestellt werden. Ihre Solidarität mit den Kommilitonen demonstrierten am 30. April tausende Mailänder Schüler und Studenten. Durch geschicktes Auseinandergehen-Sammeln-Auseinandergehen-Sammeln spielten sie stundenlang mit der Polizei Katz und Maus. Diese Taktik war zuvor auf einem teach-in besprochen worden, auf dem auch zwei Studenten aus Westberlin zu Wort gekommen waren.

Mehrere hundert Studenten der Universität Perugia brachten am selben Tag ihre Unzufriedenheit mit der Berichterstattung der italienischen Presse über ihre Aktionen zum Ausdruck. Die lokalen Redaktionen des MESSAGGERO (Rom) und der NAZIONE (Florenz) wurden belagert, die Scheiben zertrümmert. Anschließend wurden zwei Fakultätsgebäude besetzt. In Genua wurde eine mehrtägige Schließung der Universität angeordnet, nachdem die Studenten eine "illegale" Versammlung abgehalten hatten.

\+ + +

Seit drei Jahren wurden die Arbeitsverträge der Straßenbahnangestellten Neapels nicht mehr erneuert. Für den Abschluß neuer Verträge streikten sie am 4. April. Die Streikenden, denen sich andere Arbeiter sowie Studenten anschlossen, führten eine Protestkundgebung vor dem Rathaus durch. Als die Polizei am späten Nachmittag zu "räumen" begann, setzte sich die Menge mit Ästen, Steinen, Stöcken und Verkehrsschildern zur Wehr. Wagen der Polizei wurden umgestürzt und vollständig zertrümmert. 40 "Ordnungshüter", darunter mehrere hohe Polizeioffiziere, wurden verletzt.

PHILIPPINEN

In fünf Provinzen der Insel Luzon (nördliche Philippinen) hat das reaktionäre Regime "Säuberungsaktionen" gegen die Widerstandskämpfer eingeleitet. In diesem Gebiet sollen mehr als 1000 gutbewaffnete Guerillas tätig sein, die von der Bevölkerung aktiv unterstützt werden.

KOLUMBIEN: Eine dritte Front eröffnet

Zwischen November 1967 und Januar dieses Jahres wurde im Gebiet Alto Sinu/Alto San Jorge (Nordwestkolumbien) von der Volksbefreiungsarmee unter Führung der KP Kolumbiens (m.l.) eine dritte Front eröffnet. Als Basis ihres Kampfes proklamiert die kolumbianische Volksbefreiungsarmee:

1) Verschmelzung mit den Bauernmassen
2) Unterordnung der rein militärischen Belange unter die Notwendigkeiten des Klassenkampfes in politischer und sozialer Hinsicht
3) die sichere Führung des Kampfes durch eine marxistisch-leninistische Partei, die entsprechend den Theorien Mao Tse-tungs einen Unterschied macht zwischen Guerillakampf und Volkskrieg; die jedoch im ersten eine notwendige Vorstufe des zweiten sieht.

Erste Gefechte im Gebiet Alto Sinu/Alto San Jorge wurden Anfang Januar durchgeführt. Guerilla-Streitkräfte drangen in die Ortschaft Uré (Cordoba) ein und hielten ein meeting mit der Bevölkerung ab. Ein berüchtigter Großgrundbesitzer, der jahrelang das Gebiet tyrannisiert hatte, wurde zum Tode verurteilt und hingerichtet. Eine Abteilung der Miliz wurde angegriffen und vollständig aufgerieben. Eine große Anzahl Waffen wurde erbeutet.

REBELLION GEGEN DEN BRITISCHEN KOLONIALISMUS

Auf den Bermuda-Inseln, dem "Ferienparadies" der US-High-Society, erhoben sich Ende April die 30 000 farbigen Einwohner zum Aufstand gegen die britischen Kolonialherren. Zusätzlich zu den dort ständig stationierten Besatzungstruppen wurde eine Kompanie britischer Soldaten zur Niederwerfung der Rebellion auf die Bermudas verfrachtet. 17 Menschen wurden getötet oder verletzt, mehr als 100 inhaftiert.

Klassenjustiz

Einem Hamburger Arbeiter, der während einer Demonstration festgenommen worden war, wurde bei der Vernehmung erklärt: wenn da einer wie Sie mitmacht, der ist noch viel gefährlicher als die Studenten. Den kann man gar nicht hart genug bestrafen! -

Nach den Osterereignissen haben wir es erlebt: von der Springerpresse bejubelt ("endlich!") wurde in München als bisher einziger der weit über 100 Festgenommenen ein 27jähriger Goldschmied durch Sondergericht zu sieben Monaten Gefängnis ohne Bewährung verurteilt. Das Gericht hatte sich den jungen Arbeiter, der als wenig wortgewandt aufge-

fallen war und keinen Rechtsbeistand benennen konnte, herausgepickt, um an ihm ein "Exempel" zu statuiren. Und nicht zufällig war es München, wo die Klassenjustiz sich diesmal am brutalsten präsentierte: dort führte der Neofaschist Jochen Kotzias, Bezirksvorsitzender der NPD Oberbayern, die Ermittlungen durch. Der junge Arbeiter hatte für das Schnellverfahren nicht einmal einen Pflichtverteidiger erhalten!

Insgesamt sind nach den Osterereignissen Gerichtsverfahren gegen 827 Menschen eingeleitet worden: 286 Studenten, 185 Angestellte, 150 Arbeiter, 92 Schüler sowie etwa 100 Selbständige und Berufslose.

Wegen "Beleidigung der Polizei" anläßlich des Schahbesuchs am 3. Juni vorigen Jahres wurde Ende März ein kaufmännischer Angestellter in Hamburg zu 200 Mark Geldstrafe verurteilt. Zwei minderjährige Angeklagte, eine Graphikerin und ein Lehrling, haben je 50 Mark zu zahlen.

Ebenfalls im März fand in Hamburg ein noch skandalöseres Gerichtsverfahren statt. Angeklagt waren: ein Ingenierschüler, ein junger Lehrer, ein 22jähriger Maurer. Die drei hatten am 17. Februar 1967 im Hauptbahnhof an einem Sitzstreik teilgenommen. Obwohl das gezeigte Filmmaterial die als Zeugen auftretenden Polizisten der bewußten Lüge überführte, obwohl ein "Kronzeuge" der Staatsanwaltschaft am 17. Februar offenbar schwer angetrunken gewesen war, wurde der junge Maurer zu vier Monaten Gefängnis ohne Bewährung verurteilt.

Übrigens: weitere Terrorurteile gegen demonstrierende Arbeiter sind in Kiel zu erwarten. Gegen 134 während der Antifahrpreisdemonstrationen Festgenommene wird ermittelt.

BADEN-WÜRTTEMBERG: Wahlen

Fast 10% der Stimmen erhielten die Neonazis bei den Wahlen in Baden-Württemberg und errangen damit ihren "bisher schönsten Erfolg" (NPD-Boss Adolf Thadden).

Schuld sein sollen jetzt natürlich die "Studenten". Wer auch sonst? ... Zwar zog die NPD bereits im Herbst 1966 in die Landtage Hessens und Bayerns ein, als an "Studentenunruhen" noch kein Mensch dachte - aber schuld sind natürlich wie immer Springers neue Juden. Zwar ergab eine Meinungsumfrage Wochen vor Ostern, daß die NPD bei der Landtagswahl etwa 10% der Stimmen erhalten würde - aber schuld sind jetzt natürlich die "Osterunruhen" ! ...

Tatsächlich hat die NPD nichts anderes zu tun brauchen, als kräftig auf der Welle der regierungsoffiziellen Hetze mitzuschwimmen. Kanzler Kiesinger (selbst alter Nazi-Bonze) trat offen als oberster Schutzpatron der NPD auf! Gegen die aufbegehrenden Arbeiter und Studenten geifert er bis zur Bewußtlosigkeit. Die NPD jedoch, so erklärt er, müsse "objektiv" gesehen werden und dürfe nicht als "national-sozialistische Gruppe" eingestuft werden. Das Ausland möge sich vor "schrecklichen Vereinfachungen" hüten. (FRANKFURTER RUNDSCHAU, 1. Mai). Ohne Zögern war der Uraltfaschist bereit, den "Studenten" die Erfolge der NPD in die Schuhe zu schieben. Als jedoch Rudi Dutschke über den Haufen geknallt wurde, war Kiesinger wesentlich zurückhaltender. Damals warnte er davor, das Attentat von vornherein der NPD anzulasten HAMBURGER ABENDBLATT, 13. April). So zartfühlend kann er sein, wenn es um politische Freunde geht!

Die Geschichte hat noch einen anderen Aspekt: wie wir im Dezember voraussagten, war auch die DL nicht imstande, die vom Regierungskartell enttäuschten Wähler zu sammeln. Schließlich kann man auch nicht für jede Wahl irgendeine neue Partei gründen, in der Hoffnung, es doch einmal zu schaffen! Nur die Empfehlung, ungültig zu stimmen (keine Wahlenthaltung!), hätte eine reale Chance geboten, den Faschisten das Wasser abzugraben; jene von der Regierungspolitik enttäuschten Massen (es sind Millionen !!!) zu gewinnen, die sich dennoch scheuen, einer unbekannten "linken" Partei ihre Stimme zu geben.

R O T E R   M O R G E N

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Ernst Aust, 2 Hamburg 71, Carl-Bremer-Ring 19.

Erscheinungsweise vorläufig monatlich. Einzelpreis 20 Pfennig. Jahresbezugspreis 5,-- DM. (Einschließlich Porto)

Postscheckkonto: Hamburg Nr. 2627 67

Zuschriften ohne Rückporto können nicht beantwortet werden.

\+ + +